



Marktgemeinde Trumau

Kirchengasse 6 • 2521 Trumau • Bezirk Baden • NÖ

Telefon: 02253 / 6245 • Fax: DW 9100 • e-mail: marktgemeinde@trumau.at

PROTOKOLL

aufgenommen in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates
am Montag, dem 16. Dezember 2019 Beginn 19:30 Uhr
im Gemeindeamt der Marktgemeinde Trumau.

- Anwesende: Bürgermeister Andreas Kollross,
Geschäftsführender Gemeinderat Jürgen Pitschmann,
Geschäftsführende Gemeinderätin Mag. Kerstin Bieringer,
Geschäftsführender Gemeinderat Ing. Gert Kraschl,
SPÖ GR Mag. Andrea Baier, SPÖ GR Vanessa Taschinger,
SPÖ GR David Majcen, FPÖ GR Ing. Tino Seidl MSc MBA,
SPÖ GR Christoph Fiala, SPÖ GR Christine Varga,
ÖVP GR DI Alexander Veits, FPÖ GR Svetozar Stojic,
SPÖ GR Ing. Boris Steinkogler, SPÖ GR Markus Artmann,
SPÖ GR Helmut Horvath, SPÖ GR Markus Senn BSc MA,
GRÜNE GR Doris Brosz, SPÖ GR Alexandra Hönig,
FPÖ GR Ing. Reinhard Hoch, SPÖ GR Birgit Szabo,
- Entschuldigt: Vizebürgermeisterin Mag. phil. Claudia Jahn,
Geschäftsführende Gemeinderätin Sabina Stock,
SPÖ GR Manfred Herar;
- Unentschuldigt: -
- Schriftführer: Doris Bauer

Den Vorsitz führt Bürgermeister Andreas Kollross und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen das Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung keine schriftlichen Einwände erhoben wurden. Das Sitzungsprotokoll gilt daher als genehmigt.

Vor der Tagesordnung bringt GR Ing. Tino Seidl MSc MBA folgenden Dringlichkeitsantrag des Freiheitlichen Klubs des Gemeinderates der Marktgemeinde Trumau zur Kenntnis:

DRINGLICHKEITSANTRAG

Sachverhalt:

Der Grundwasserspeicher Mitterndorfer Senke versorgt u. a. auch den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden und daher auch teilweise die Marktgemeinde Trumau mit Trinkwasser.

In der nur etwa 15 Kilometer von Trumau entfernten Gemeinde Theresienfeld soll die größte je in Österreich bewilligte und zugelassene Abfallbehandlungsanlage errichtet werden, welche möglicherweise die Qualität des Grundwassers bedroht. Laut Abfallkonsensliste kann es sich bei der geplanten Behandlung durchaus auch um problematische Stoffe, wie z. B. dem krebserregenden PCB, handeln, welche ein zusätzliches Risiko für die Gesundheit unserer Bevölkerung darstellen.

Grundwasser ist in der Wasserrahmenrichtlinie der EU als Schutzgut eingestuft worden. Wasser ist gemäß dieser Richtlinie keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, welches geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss. Somit kommt dem Grundwasserschutz europaweit eine hohe Priorität zu. Gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG darf der Zustand des sogenannten Wasserkörpers auch nicht verschlechtert werden.

Bei diesem Projekt geht es somit nicht nur um Theresienfeld, sondern um die Zukunft einer ganzen Region. Es ist daher auch unsere Gemeinde Trumau betroffen.

Schon in den 1980er Jahren kam es ebenfalls in Theresienfeld, unter dem berüchtigten Namen „Fischer-Deponie“, zu skandalösen Grundwasserverseuchungen, unter denen die Region noch viele Jahre leiden musste, so etwas darf nicht wieder passieren.

Die Zuständigkeit obliegt per Definition dem „Landeshauptmann von Niederösterreich als Abfallrechtsbehörde“, somit namentlich Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner, Regierungsmitglied der ÖVP Niederösterreich. Wir beantragen daher eine entsprechend adressierte Resolution unter dem Titel **„Nein zur geplanten Abfallbehandlungsanlage in Theresienfeld auf Grund des Gefährdungspotenzials für unser Grund- und Trinkwasser und im Interesse einer lebenswerten Zukunft“**.

Begründung der Dringlichkeit:

Das Verfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz wurde zwar zwischenzeitlich ausgesetzt, die Prüfung auf Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung dauert allerdings an und wird zeitmäßig verschleppt. Am 26. Jänner 2020 finden niederösterreichweit Gemeinderatswahlen statt und es ist daher zu befürchten, dass deshalb auf Zeit gespielt wird, um die Entscheidung über diesen Termin zu schieben. Es besteht hier große Dringlichkeit.

GR Ing. Tino Seidl MSc MBA stellt den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Trumau möge beschließen, dass eine Resolution an die Niederösterreichische Abfallrechtsbehörde gerichtet wird, in der sich gegen Errichtung und Betrieb der geplanten Abfallbehandlungsanlage in der Gemeinde Theresienfeld ausgesprochen wird.

Beschluss:

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zugesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Dringlichkeitsantrag wird als TOP 17 in der öffentlichen Sitzung behandelt.

Weiters bringt vor der Tagesordnung Gemeinderat Markus Artmann folgenden Dringlichkeitsantrag des Gemeinderatsklubs der SPÖ Trumau zur Kenntnis:

DRINGLICHKEITSANTRAG

Radwegüberführung L156 Trumauer Straße über die A2 Südbahn

Sachverhalt:

Am Freitag den 06.12.2019 fand eine Besprechung zwischen der Marktgemeinde Trumau und der ASFINAG statt.

Grund dafür ist, dass die Firma Toms Ziviltechniker GmbH von der ASFINAG beauftragt wurde, die Überführung der L156 (Trumauer Straße) über die A2 Südbahn zu sanieren.

Nachdem möglicherweise der Radweg nach Traiskirchen durch die Sanierung der Brücke doch über diese führen könnte, sind Vorplanungsarbeiten notwendig.

Die Kosten für diese Vorplanungsarbeiten müssen von der Marktgemeinde Trumau übernommen werden.

Die Dringlichkeit der Angelegenheit begründet sich wie folgt:

Es ist eine rasche Handlungsweise notwendig da die Planungsphase in den nächsten Wochen abgeschlossen werden sollen.

GR Markus Artmann stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge den Beschluss fassen, den Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Beschluss:

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zugesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Dringlichkeitsantrag wird als TOP 18 in der öffentlichen Sitzung behandelt.

TAGESORDNUNG

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG:

- PUNKT 1 BERICHT DES BÜRGERMEISTERS
- PUNKT 2 BERICHTE DER AUSSCHUSSVORSITZENDEN
- PUNKT 3 BERICHT DER GEBARUNGSPRÜFUNG
- PUNKT 4 VORANSCHLAG 2020
- PUNKT 5 SUBVENTIONSVERGABEN
- PUNKT 6 UMRÜSTUNG AUF LED – AUFTRAGSVERGABE FÜR GEMEINDEGEBÄUDE
- PUNKT 7 UMRÜSTUNG AUF LED – EIGENTÜMERZUSCHUSS TKG
- PUNKT 8 AUFTRAGSVERGABE ZUR ERRICHTUNG EINER ORDINATION IM SOZIALZENTRUM
- PUNKT 9 AUFTRAGSVERGABE STRABENBELEUCHTUNG LEHARSTRAÙE
- PUNKT 10 AUFTRAGSVERGABE HERSTELLUNG GEHSTEIG OBERWALTERSDORFERSTRAÙE
- PUNKT 11 AUFTRAGSVERGABE KERAMIKHÄFERL „TRUMAU“
- PUNKT 12 AUFTRAGSVERGABE HEIZUNGSTAUSCH FEUERWEHR
- PUNKT 13 AUFTRAGSVERGABE AUSMALEN IM KINDERGARTEN KIRCHENGASSE
- PUNKT 14 VEREINBARUNG ÜBER BETRIEB UND FINANZIERUNG BEZIRKSALARMZENTRALE
- PUNKT 17 DRINGLICHKEITSANTRAG: NEIN ZUR GEPLANTEN ABFALLBEHANDLUNGSANLAGE IN
THERESIENFELD AUF GRUND DES GEFÄHRDUNGSPOTENZIALS FÜR UNSER GRUND- UND
TRINKWASSER UND IM INTERESSE EINER LEBENSWERTEN ZUKUNFT
- PUNKT 18 DRINGLICHKEITSANTRAG: RADWEGÜBERFÜHRUNG L156 TRUMAUER STRAÙE ÜBER DIE
A2 SÜDAUTOBAHN

IN NICHT-ÖFFENTLICHER SITZUNG:

- PUNKT 15 WOHNUNGSVERGABEN
- PUNKT 16 PERSONALANGELEGENHEITEN

PUNKT 1 BERICHT DES BÜRGERMEISTERS

○ **WIFI 4 EU**

Es gibt die Möglichkeit bei der Europäischen Kommission für die kommunale Unterstützung von W-LAN Ausbau. Wie bereits im Vorjahr, haben wir uns auch dieses Jahr als Gemeinde um den Zuschuss von Euro 15.000,- beworben, wurde allerdings ein weiteres Mal nicht berücksichtigt.

○ **HERBSTFERIEN 2020**

Nachdem es mit dem kommenden Jahr einheitliche Herbstferien geben wird, sollte sich der nächste Gemeinderat dringend mit dieser Frage beschäftigen. Trumau ist eine von nicht vielen Gemeinden, die mit Ausnahme der Schließzeiten in den Weihnachtsferien und einer Woche in den Sommermonaten, eine durchgängige Ferienbetreuung für die Familien anbietet, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur ein Schlagwort, sondern gelebte Praxis in unserer Gemeinde ist. Es ist deshalb nur die logische Weiterentwicklung auch die Herbstferien mit einem Betreuungsangebot abzudecken, da die Ferienzeiten der Kinder und die Urlaubsansprüche der Eltern immer mehr auseinanderklaffen.

○ **ORDINATION ORTHOPÄDE IM SOZIALZENTRUM**

Wie bereits in der letzten Gemeinderatssitzung kurz angemerkt, gab es Gespräche mit einem Orthopäden zwecks Ansiedlung in unserer Gemeinde. Diese sind nun mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Mit Anfang Februar wird dieser Orthopäde seine Pforten im Sozialzentrum öffnen. Zunächst als Wahlarzt, sollte das Angebot allerdings genutzt werden, kann er sich auch die Umwandlung auf Kassenarzt vorstellen.

○ **WINDRÄDER**

Nachdem vor wenigen Monaten im Nationalrat das neue Ökostromgesetz beschlossen wurde, sind nun alle knapp 170 Windräder, die bisher als Rückstau betrachtet wurden, in der Förderungsberechtigung. So auch jene 8 Windräder die in Trumau aufgestellt werden sollen. Man kann davon ausgehen, dass dies spätestens 2022 passieren wird. Eines ist jedoch klar. Die Windräder kommen auch nach wie vor so, wie wir das in der Volksbefragung formuliert haben. Es wird sich an der Anzahl, dem Abstand und der Höhe nichts ändern. Das habe ich nochmals klar und deutlich beim letzten Gespräch mit den Betreibern klargestellt.

○ **HOCHWASSERSCHUTZ**

Der Hochwasserschutz für Oberwaltersdorf, Trumau und Münchendorf ist in der finalen Phase. Die Umweltverträglichkeitsprüfung läuft und auch alle anderen Behördengänge sind in der Endphase, sodass man von einem Baubeginn 2021, spätestens 2022 ausgehen kann. Dann geht es natürlich auch um die Kostenaufteilung. Das Projekt Hochwasserschutz wird in Summe knapp 30 Millionen betragen. Nachdem Trumau am wenigsten vom Hochwasser betroffen ist, werden wir auch den kleinsten Teil bei der Errichtung finanziell beitragen. Im Moment werden das maximal 8 Prozent der auf die Gemeinden entfallenden Beträge sein. Wahrscheinlich noch ein Stück weniger.

○ **PHOTOVOLTAIKPARK**

Fast zeitgleich sind Wien Energie und EVN kürzlich an uns mit einem Grundstück entlang der Autobahn herangetreten, ob es seitens der Gemeinde vorstellbar wäre, dass entlang der Ostautobahn ein Photovoltaikpark entstehen könnte. Auch damit muss sich der neue Gemeinderat zeitnah beschäftigen. Ich persönlich sehe keine Bedenken, da es knapp 2 Kilometer vom Gemeindegebiet entfernt ist.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

PUNKT 2 BERICHT DER AUSSCHUSSVORSITZENDEN

○ **WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR & BAU**

Ausschussvorsitzender GGR Jürgen Pitschmann berichtet:

- Der Bauernmarkt im Dezember findet nicht statt. Die Bauernmarktsaison startet dann wieder im März 2020.
- Nächstes Jahr wird es wieder zwei Jahrmärkte geben. Der erste findet im April 2020 statt.

○ **FINANZ, AGRAR & UMWELT**

Ausschussvorsitzende GGR Mag. Kerstin Bieringer berichtet:

- Am 27.10.2019 fand die Lebensbaumpflanzung für alle 2019 geborenen Erdenbürger statt. Insgesamt 46 Bäume wurden entlang der Scheibenackerstraße und Anningerstraße gepflanzt.
- Der im Herbst gegründete Nachhaltigkeitsbeirat hat sich zu seiner ersten Arbeitssitzung getroffen und es wurden die ersten Projekte für 2020 besprochen.
- Die „Wilden Wollweiber“ haben Einkaufsnetze gehäkelt und diese wurden am Bauernmarkt verkauft. Der Erlös kommt der Volksschule Trumau zu Gute.
- Der Trumauer Adventmarkt ist plastikfrei. Die dafür angeschafften Häferl werden in der heutigen Gemeinderatssitzung als eigener Tagesordnungspunkt behandelt.

○ **KULTUR, PARTNERGEMEINDEN & SPORT**

Ausschussvorsitzender GGR Ing. Gert Kraschl berichtet:

- Anfang Oktober kam Stefan Thurnbichler nach Trumau und hat Interessierte in den neuen Calisthenicspark eingewiesen.
- Ende November fand der Kulturausflug in die Albertina statt. Es wurden aufgrund des großen Interesses 2 Führungen durchgeführt.
- Der Trumauer Adventmarkt wurde mit dem obligaten Weihnachtskonzert in der Pfarrkirche Trumau eröffnet.
- Am 7. Dezember fand ein perfekt organisierter Perchtenlauf statt bei dem aufgrund der hohen Besucherzahlen vor allem die Vereine profitiert haben.
- Heuer findet erstmals an den Adventmarkt-Sonntagen ein Programm für die Kinder statt.
- Das Kulturprogramm für das Jahr 2020 ist bereits ausgearbeitet und findet sich schon auf den Weg in die Trumauer Haushalte.

- 2020 wird es im Zuge der Fußball Europameisterschaft ein Public Viewing geben. Helfende Hände sind jederzeit willkommen.
- Das Jahr 2019 lassen wir mit dem Silvesterpfad ausklingen. Trotz einer spontanen Parallelveranstaltung engagieren sich 12 Trumauer Vereine mit Stationen an diesem Pfad.

Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

PUNKT 3 BERICHT DER GEBARUNGSPRÜFUNG

Vorsitzende des Prüfungsausschusses GR Doris Brosz berichtet von der angesagten Gebarungsprüfung, welche am 9. Dezember 2019 stattgefunden hat.

Im Prüfungsumfang enthalten:

- Die Bestände von Handkassa und Girokonto
- Die Belegprüfung im Hauptzeitbuch ab Beleg Nr. 1516
- Kostenüberblick über ausgegebene Taxi Gutscheine
- Prüfung der Positionen im Voranschlag 2020

Die Feststellung des Prüfungsausschusses:

Im Zeitraum Jänner bis November 2019 wurden Jugendtaxigutscheine im Wert von insgesamt € 20.733,-- ausgegeben. Im Vergleich zum Jahr 2018 wurden Gutscheine im Gesamtwert von € 18.954,-- ausgegeben.

Im Zeitraum Jänner bis November 2019 wurden Seniorentaxigutscheine im Wert von insgesamt € 31.950,-- ausgegeben. Im Vergleich zum Jahr 2018 wurden Gutscheine im Gesamtwert von € 26.427,-- ausgegeben.

Aufgrund fehlender Infos vom Land Niederösterreich ist das Anlagenverzeichnis als Beilage zum Voranschlag 2020 nicht verfügbar.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

PUNKT 4 VORANSCHLAG 2020

Sachverhalt:

Bürgermeister Andreas Kollross berichtet, dass der Voranschlag 2020 der Marktgemeinde Trumau zur allgemeinen Einsicht aufgelegt war und dazu keine Stellungnahmen beim Gemeindeamt eingebracht wurden. Die Gemeinderatsfraktionen haben je ein Exemplar des Voranschlages 2020 erhalten.

Die Niederösterreichischen Gemeinden befinden sich in einer komplett neuen Situation und standen diesen Herbst vor einer enormen Herausforderung. Seit Maria Theresia wurde die Buchhaltung mittels Kameralistik geführt. Mit dem Jahr 2020 wird von der Kameralistik auf die Doppelte Buchhaltung gewechselt.

Es gibt keine Vergleichszahlen zum Vorjahr und das macht vor allem das Betrachten dieses Budgets etwas schwieriger. Momentan gleich der Voranschlag gemäß VRV 2020 einer Zahlenwüste.

Ein paar Eckpunkte im Voranschlag möchte ich herausheben:

Wie auch die letzten Jahre haben wir im Straßenbau wieder eine höhere Summe zum Wirtschaften budgetiert. Weiters ist die Umrüstung auf LED-Technologie ein Schwerpunkt im Voranschlag 2020. Ein weiterer Eckpunkt ist die Budgetierung eines Feuerwehrautos, dass die Feuerwehr bald anschaffen möchte.

Bürgermeister Andreas Kollross stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge den Voranschlag 2020 samt der erforderlichen Beilagen beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

15 Stimmen dafür (SPÖ)

5 Gegenstimmen (FPÖ, GRÜNE, ÖVP)

PUNKT 5 SUBVENTIONSVERGABEN

Sachverhalt:

Sämtliche Trumauer Vereine haben Subventionsansuchen eingebracht, die gemäß den Richtlinien zur Subventionsvergaben behandelt werden sollen.

GGR Mag. Kerstin Bieringer stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge dem Ansuchen der Vereine stattgeben und gemäß den Richtlinien zur Subventionsvergabe die Auszahlung der Subventionsbeträge wie folgt beschließen:

Arbeiter Turnverein Wandern	€ 300
Arbeiter Turnverein Turnen	€ 600
Vocal Total Trumau	€ 300
Pensionistenverband Österreich	€ 300
Junge Generation	€ 600
Europäischer Freundeskreis Trumau	€ 300
Indigo	€ 300
Pfadfinder Trumau	€ 600

Schulungsbeiträge GRÜNE	€ 52
Schulungsbeiträge ÖVP	€ 52
Schulungsbeiträge FPÖ	€ 156
Schulungsbeiträge SPÖ	€ 936

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 6 UMRÜSTUNG AUF LED – AUFTRAGSVERGABE FÜR GEMEINDEGEBÄUDE

Sachverhalt:

Trumau soll eine energieeffiziente Gemeinde werden und somit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Es ist allseits bekannt, dass LED Beleuchtung 2/3 weniger Energiekosten als herkömmliche Leuchten bedeutet. Auch was den CO2 Ausstoß betrifft gibt es bei der Verwendung von LED Leuchten eine deutliche Reduktion.

Wir als Gemeinde haben die Verantwortung nicht nur zu fordern, sondern im eigenen Wirkungsbereich auch umzusetzen. Deshalb sollen Rathaus, Kindergärten, Feuerwehr und das Sozialzentrum, also alle gemeindeeigenen Einrichtungen im nächsten Jahr auf LED Technologie umgerüstet werden. Wir sprechen hier von einer Einsparung von circa 31 Tonnen CO2 Ausstoß. Die Leuchtstoffmittel haben zudem eine viel längere Lebensdauer.

Es sollen aber auch die Einrichtungen unserer Trumauer Kommunal GmbH auf LED-Technologie umgesetzt werden.

In den Weihnachtsferien soll mit der Volksschule gestartet werden, anschließend in den Semesterferien die beiden Kindergärten und Stück für Stück geht es weiter mit Sporthalle, Gemeindeamt und Feuerwehr.

Das ist natürlich nur der erste Schritt. In Zukunft wollen wir auch über die Straßenbeleuchtung diskutieren und hier Maßnahmen setzen.

GR Ing. Boris Steinkogler stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge den Beschluss fassen das Rathaus, die beiden Kindergärten, das Feuerwehrhaus, sowie den öffentlichen Bereich im Sozialzentrum im Jahr 2020 nach zeitlichen Gegebenheiten auf LED-Beleuchtung umzurüsten. Die Kosten belaufen sich dafür auf insgesamt € 99.695,-- inkl. MwSt.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 7 UMRÜSTUNG AUF LED – EIGENTÜMERZUSCHUSS TKG

Sachverhalt:

Für die Einrichtungen der Trumauer Kommunal GmbH wie die Volksschule, die Sporthalle und den Bauhof soll ein Eigentümerzuschuss beschlossen werden, sodass auch hier eine Umrüstung auf LED-Technologie durchgeführt werden kann.

GR Markus Senn MA BSc stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge den Beschluss fassen, dass ein nicht rückzahlbarer Gesellschafterzuschuss zur Kapitalstärkung der Trumauer Kommunal GmbH in der Höhe von € 70.000,-- zugesagt wird. Der Zuschuss kann in Abhängigkeit des Liquiditätsbedarfs der Trumauer Kommunal GmbH in Einzeltranchen bis zum Erreichen der Gesamtsumme abgerufen werden.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 8 AUFTRAGSVERGABE ZUR ERRICHTUNG EINER ORDINATION IM SOZIALZENTRUM

Sachverhalt:

Eine neue ärztliche Versorgung im Ort bedeutet auch, dass wir die Räumlichkeiten auch dafür zur Verfügung stellen müssen. Das Adaptieren der Räume soll durch Trumauer Firmen erfolgen.

GR Doris Brosz stellt den Gegenantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen zumindest ein Gegenoffert einzuholen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

15 Stimmen dagegen SPÖ

5 Gegenstimmen dafür FPÖ, GRÜNE, ÖVP

GR Ing. Reinhard Hoch stellt den Gegenantrag:

Nachdem das vorliegende Angebot nur eine Annahme ist und die Leistungen nach tatsächlichem Aufwand verrechnet werden, soll der Gemeinderat bei der Beauftragung mit der Sanierung der Firma Patek Bau GmbH, einen Pauschalbetrag in der Höhe von 21.668,74 zzgl. MwSt. beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

15 Stimmen dagegen SPÖ

5 Gegenstimmen dafür FPÖ, GRÜNE, ÖVP

GGR Jürgen Pitschmann stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge die Auftragsvergabe zur Errichtung einer weiteren Ordination im Sozialzentrum Trumau in der Höhe von insgesamt € 26.002,49 inkl. MwSt. an die Firma Patek Bau GmbH gemäß Angebot vom 12.12.2019 beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

15 Stimmen dafür SPÖ

4 Gegenstimmen FPÖ, ÖVP

1 Enthaltung GRÜNE

PUNKT 9 AUFTRAGSVERGABE STRAßENBELEUCHTUNG LEHARSTRASSE

Sachverhalt:

Wenn wir die Straßenbeleuchtung in ganz Trumau auf LED-Technologie umstellen möchten, bedeutet das, dass wir 819 Lichtpunkte umrüsten müssen.

Es wäre nicht vorteilhaft, wenn wir alles umrüsten und dann gefällt uns aber dieses Licht nicht. Deshalb gibt es in Trumau eine Musterstraße in der die Beleuchtung auf LED-Technologie umgerüstet wurde. Es handelt sich hierbei um die Leharstraße, im Genauen um die Verbindungsstraße zwischen Wohntraum und Westring. Alle Trumauerinnen und Trumauer sind eingeladen sich ein Bild über diese Straßenbeleuchtung zu machen und Feedback zu geben.

GR Helmut Horvath stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge die Errichtung der Straßenbeleuchtung für die Leharstraße in der Höhe von insgesamt € 5.530,16 inkl. MwSt. beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 10 AUFTRAGSVERGABE HERSTELLUNG GEHSTEIG OBERWALTERSDORFERSTRASSE

Sachverhalt:

In der Oberwaltersdorferstraße gibt es 2 Wohnhäuser, bei welchen kein Gehsteig zu den Liegenschaften führt. Damit mehr Verkehrssicherheit für diese zwei Familien gegeben ist, soll dort ein Gehsteig gemacht werden. Im Straßenbaubudget ist noch Reserve für dieses Projekt vorhanden.

GGR Jürgen Pitschmann stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge die Errichtung eines Gehsteiges auf der Oberwaltersdorferstraße in der Höhe von insgesamt € 5.760,-- inkl. MwSt. gemäß Angebot der Firma Held & Francke Baugesellschaft m. b. H. beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 11 AUFTRAGSVERGABE KERAMIKHÄFERL „TRUMAU“

Sachverhalt:

Im Gemeinderat wurde bereits beschlossen plastikfreie Gemeinde zu werden. Das bedeutet aber auch, dass wir beim Adventmarkt auf Plastik verzichten wollen. Aus diesem Grund wurden bei einer Trumauer Firma Häferl angekauft, damit die Heißgetränke in diesen ausgeschenkt werden können.

GR Vanessa Taschinger stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge den Ankauf von Keramikhäferl zwecks Plastikvermeidung für den Adventmarkt sowie für andere allfällige Aktivitäten in der Höhe von insgesamt € 7.160,44 inkl. MwSt. gemäß Angebot der Firma Stickmichl.at beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 12 AUFTRAGSVERGABE HEIZUNGSTAUSCH FEUERWEHR

Sachverhalt:

Bereits im Frühjahr 2020 hat die Feuerwehr angemerkt, dass die Heizung im Feuerwehrhaus nicht funktioniert. Damit die Kameraden der Feuerwehr nicht mehr frieren müssen, soll die Heizung dementsprechend getauscht werden.

GR Markus Artmann stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge den Austausch der Heizung für das Feuerwehrhaus in der Höhe von insgesamt € 31.187,68 inkl. MwSt. gemäß Angebot Nummer AN2019/0012 der Firma MB-Installationen beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 13 AUFTRAGSVERGABE AUSMALEN IM KINDERGARTEN KIRCHENGASSE

Sachverhalt:

Laufend sind in unseren öffentlichen Gebäuden Malerarbeiten notwendig. Der Gangbereich im Kindergarten Kirchengasse soll ausgemalt werden.

GR David Majcen stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge die Ausmalarbeiten im Kindergarten Kirchengasse in der Höhe von insgesamt € 3.297,83 inkl. MwSt. an die Firma Patek Bau GmbH gemäß Angebot vom 25.10.2019 beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 14 VEREINBARUNG ÜBER BETRIEB UND FINANZIERUNG BEZIRKSALARMZENTRALE

Sachverhalt:

Alle 5 Jahre muss die Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Bezirksalarmzentrale beschlossen werden.

GR Helmut Horvath stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge die folgende Vereinbarung mit der Bezirksalarmzentrale beschließen:

Einvernehmliche Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Bezirksalarmzentrale Baden

Abgeschlossen zwischen

I

- o Der Freiwilligen Feuerwehr Baden-Leesdorf Waltersdorferstraße 34 a 2500 Baden , vertreten durch LFR Anton Kerschbaumer einerseits und
- o Den Gemeinden des Bezirkes Baden, Alland, Altenmarkt/Triesting, Bad Vöslau, Baden, Berndorf, Blumau-Neurißhof, Ebreichsdorf, Enzesfeld-Lindabrunn, Furth/Triesting, Günselsdorf, Heiligenkreuz, Hernstein, Hirtenberg, Klausen-Leopoldsdorf, Kottlingbrunn, Leobersdorf, Mitterndorf/Fischa, Oberwaltersdorf, Pfaffstätten, Pottendorf, Pottenstein, Reisenberg, Schönau/Triesting, Seibersdorf, Sooß, Tattendorf, Teesdorf, Traiskirchen, Trumau und Weissenbach/Triesting jeweils vertreten durch die gefertigten Funktionäre.

II

- o In der Bürgermeisterkonferenz am 25.09.1996 wurde eine Vereinbarung zwischen der Freiwilligen Feuerwehr Baden-Stadt und den Gemeinden des Bezirkes Baden über den Betrieb und die Finanzierung der Bezirksalarmzentrale gebilligt. Diese Vereinbarung wurde aufgrund übereinstimmender Beschlüsse der einzelnen Gemeinderäte der Gemeinden des Bezirkes Baden mit 01.01.1997 rechtswirksam. Die Vereinbarung wurde im Jahr 2004, im Jahr 2009 und im Jahr 2014 verlängert.
- o Die Aufgaben der Bezirksalarmzentrale ergeben sich aus der NÖ Alarmierungsverordnung, LGBl 4400/1 i.d.g.F.
- o Durch die Verlegung der Bezirksalarmzentrale in das Gebäude des Roten Kreuzes Baden ging die Zuständigkeit für den Betrieb der Bezirksalarmzentrale im Sinne der NÖ Alarmierungsverordnung, LGBl 4400/1 i.d.g.F. mit den dort angeführten Aufgaben, auf die Freiwillige Feuerwehr Baden-Leesdorf als Standortfeuerwehr über.
- o Die Bezirksalarmzentrale wurde im Juni 2013 in das neue Feuerwehrhaus der FF Leesdorf übersiedelt alle vorgenannten Rahmenbedingungen blieben jedoch unverändert.
- o Einvernehmlich beschließen die Vertragsparteien, dass mit Wirkung 01.01.2020 die Punkte III und IV der vorgenannten Vereinbarung wie folgt zu lauten haben, während die übrigen Bestimmungen der Vereinbarung unverändert aufrecht bleiben.

III

Die Stadt Baden zahlt jährlich 40% - je zur Hälfte am 1.3. und 1.10. eines jeden Jahres – der Personalkosten von vier Bediensteten der Bezirksalarmzentrale. Die restlichen Personalkosten dieser Bediensteten werden von den Gemeinden des Bezirkes Baden, außer der Stadt Baden, mit einem Grundbetrag (Sockelbetrag von 75%) pro Einwohner und Jahr aufgebracht. Basis der Einwohnerzahl ist das zuletzt aktuell verlaubliche Volkszählungsergebnis. Der Restbetrag von 25% wird nach den Einsatzzahlen des Vorjahres berechnet, ausgenommen der Stadtgemeinde Baden. Die vier Bediensteten werden nach dem Gehaltsschema des NÖ Gemeindevertragsbedienstetengesetzes 1976 (GVBG) – in der jeweils geltenden Fassung – in der Entlohnungsgruppe 5 entlohnt. Die Personalkosten wurden für das

Jahr 2019 mit rund € 197.000,-- festgelegt. Davon gelangten rund Euro 113.000,-- zur Aufteilung. Der Restbetrag wurde durch Überschüsse bei den TUS-Anschluss Gebühren getragen. Steigerungen dieses Betrages ergeben sich aufgrund des vorzitierten Gesetzes (z.B. Bicennium, Inflationsabgeltung). Den 5.ten Bediensteten (Dienstführenden) und alle Kosten für Betrieb und Erhaltung der BAWZ werden aus den Mitteln der TUS Anschluss Gebühren getragen.

IV

Dauer:

Diese Vereinbarung wurde in der Bürgermeisterkonferenz am 09-10-2019 gebilligt und wird aufgrund der übereinstimmenden Beschlüsse der einzelnen Gemeinderäte mit 01.01.2020 rechtswirksam. Diese Vereinbarung wird auf fünf Jahre, somit bis 31.12.2024 geschlossen und bleibt aufgrund der ausdrücklichen Zusage des Bezirksfeuerwehrkommandanten bis zu diesem Zeitpunkt unverändert.

Ebenso obliegt bis zu diesem Zeitpunkt die Leitung, Führung, Organisation und Vertretung der BAWZ gegenüber den Gemeinden des Bezirkes Baden LFR Anton Kerschbaumer

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 17 DRINGLICHKEITSANTRAG:

NEIN ZUR GEPLANTEN ABFALLBEHANDLUNGSANLAGE IN THERESIENFELD AUF GRUND DES GEFÄHRDUNGSPOTENZIALS FÜR UNSER GRUND- UND TRINKWASSER UND IM INTERESSE EINER LEBENSWERTEN ZUKUNFT

Sachverhalt:

Der Grundwasserspeicher Mitterndorfer Senke versorgt u. a. auch den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden und daher auch teilweise die Marktgemeinde Trumau mit Trinkwasser.

In der nur etwa 15 Kilometer von Trumau entfernten Gemeinde Theresienfeld soll die größte je in Österreich bewilligte und zugelassene Abfallbehandlungsanlage errichtet werden, welche möglicherweise die Qualität des Grundwassers bedroht. Laut Abfallkonsensliste kann es sich bei der geplanten Behandlung durchaus auch um problematische Stoffe, wie z. B. dem krebserregenden PCB, handeln, welche ein zusätzliches Risiko für die Gesundheit unserer Bevölkerung darstellen.

Grundwasser ist in der Wasserrahmenrichtlinie der EU als Schutzgut eingestuft worden. Wasser ist gemäß dieser Richtlinie keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, welches geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss. Somit kommt dem Grundwasserschutz europaweit eine hohe Priorität zu. Gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG darf der Zustand des sogenannten Wasserkörpers auch nicht verschlechtert werden.

Bei diesem Projekt geht es somit nicht nur um Theresienfeld, sondern um die Zukunft einer ganzen Region. Es ist daher auch unsere Gemeinde Trumau betroffen.

Schon in den 1980er Jahren kam es ebenfalls in Theresienfeld, unter dem berüchtigten Namen „Fischer-Deponie“, zu skandalösen Grundwasserverseuchungen, unter denen die Region noch viele Jahre leiden musste, so etwas darf nicht wieder passieren.

Die Zuständigkeit obliegt per Definition dem „Landeshauptmann von Niederösterreich als Abfallrechtsbehörde“, somit namentlich Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner, Regierungsmitglied der ÖVP Niederösterreich. Wir beantragen daher eine entsprechend adressierte Resolution unter dem Titel **„Nein zur geplanten Abfallbehandlungsanlage in Theresienfeld auf Grund des Gefährdungspotenzials für unser Grund- und Trinkwasser und im Interesse einer lebenswerten Zukunft“**.

GR Ing. Tino Seidl MSc MBA stellt den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Trumau möge beschließen, dass eine Resolution an die Niederösterreichische Abfallrechtsbehörde gerichtet wird, in der sich gegen Errichtung und Betrieb der geplanten Abfallbehandlungsanlage in der Gemeinde Theresienfeld ausgesprochen wird.

Beschluss:

Dem Antrag wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PUNKT 18 DRINGLICHKEITSANTRAG:

RADWEGÜBERFÜHRUNG L156 TRUMAUER STRAÙE ÜBER DIE A2 SÜDAUTOBAHN

Sachverhalt:

Seit langem gibt es eine Diskussion über einen Radweg nach Traiskirchen. Ursprünglich war der Radweg entlang der Traiskirchnerstraße angedacht. Das war einigen Grundeigentümern jedoch nicht recht und es gab keine Zustimmung.

Somit hat man sich eine Alternativradroute überlegt. Dieses Projekt mit der alternativen Radroute ist finalisiert. Die Radroute führt über die Feldwege nach Traiskirchen und man kommt ich Höhe Rodax raus.

Natürlich wäre für die Gemeinde ein Radweg entlang der Traiskirchnerstraße immer besser gewesen.

Jetzt wo wir in den Startlöchern zur Umsetzung stehen, wird die Frage aufgeworfen, warum wir eigentlich nicht entlang der Traiskirchnerstraße die Radroute planen. Denn nun würden die Grundeigentümer den erforderlichen Grundbesitz abgeben.

Wie die Radroute letztendlich umgesetzt werde soll ist zurzeit noch offen. Fakt ist jedoch, dass im Jahr 2020 die Autobahnbrücke welche nach Traiskirchen führt saniert werden soll. Das bedeutet, dass wir jetzt daran denken müssen einen möglichen Radweg über diese Autobahnüberführung zu planen.

Diese Vorplanung einer möglichen Radroute über die Autobahnbrücke auf der L156 Traiskirchnerstraße soll somit beschlossen werden.

Es handelt sich hierbei definitiv nur um eine Beauftragung zur Vorplanung. Bei den Kosten zur Sanierung der Brücke handelt es sich dann um ein paar hunderttausend Euro. Damit werden wir uns im Nachgang, vermutlich im Frühsommer 2020 beschäftigen müssen.

GGR Ing. Gert Kraschl stellt den Antrag:

Der Gemeinderat möge die Auftragsvergabe an TOMS Ziviltechniker GmbH gemäß vorliegendem Angebot vom 9. Dezember 2019 in der Höhe von insgesamt € 8.053,92 inkl. MwSt. für die Durchführung der Planungsarbeiten beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Kollross bei den treuen Zuhörern die uns das ganze Jahr begleiten und wünscht frohe Weihnachten.

Bürgermeister Andreas Kollross schließt die öffentliche Gemeinderatssitzung um 20:43 Uhr.



.....
Bürgermeister
Andreas Kollross



.....
Schriftführerin
Doris Bauer

.....
Für die SPÖ

.....
Für die FPÖ

.....
Für die GRÜNEN

.....
Für die ÖVP